

Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

8¹⁹⁹⁶
43. Jahrgang

LUDWIG WATZAL

Deutschland und Israel
in der Weltpolitik

Die dramatischen Veränderungen der Jahre 1989/90 haben auch die Rolle Deutschlands und Israels als Akteure im internationalen System grundlegend verändert. Beide Staaten schicken sich an, ihre Außenpolitik den neuen Gegebenheiten anzupassen, d. h. zu normalisieren. Dieser Normalisierungsprozeß geht aber mit kontroversen innenpolitischen Auseinandersetzungen einher. In diesem Zusammenhang stellen sich zwei zentrale Fragen: Wie normal darf Deutschland werden? Und: Ist Israel ein normaler Nationalstaat? Am Ende eines solchen Normalisierungsprozesses sollten sowohl Deutschland als auch Israel als gleichwertige Akteure im Konzert der Nationalstaaten agieren können. Können aber beide Länder unabhängig voneinander dieses Ziel erreichen? Welche Interdependenzen

gibt es zwischen den beiden Staaten, die nur mit Hilfe des jeweilig anderen aufgelöst werden können? Braucht Deutschland den »Segen« Israels, um weltweit seine neue Rolle spielen zu können? Was kann Deutschland tun, um die Akzeptanz Israels bei den arabischen Staaten zu erhöhen? Wo gibt es eine Interessenskongruenz zwischen beiden Nationalstaaten?

Die Geschichte der deutsch-israelischen Beziehungen

Die Greueltaten, die Nazi-Deutschland am jüdischen Volk begangen hat, bestimmen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Beziehungen Deutschlands zu Israel. Daß diese Beziehungen nicht normal sein konnten und auf kaum absehbare Zeit immer noch nicht sein können, bedarf keiner besonderen Begründung. Die Einmaligkeit und Singularität dieser Verbrechen bestimmt bis heute das deutsch-israelische Verhältnis.

Am 12. Mai 1995 wurde des 30. Jahrestags der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel gedacht. Obwohl sich die beiderseitigen Beziehungen in einem ausgezeichneten Zustand befinden, betonten alle Festredner, daß es auch auf absehbare Zeit keine »normalen Beziehungen« geben könne. Zu schwer sei die historische Hypothek, die abzutragen sei. Wie schwierig die ersten vorsichtigen Kontakte waren, läßt sich im nachhinein nur noch mit Verwunderung errahnen. Daß es trotz aller Schwierigkeiten zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen kam, ist dem Mut und der Weitsicht Konrad Adenauers und David Ben-Gurions zu verdanken.

Daß von einer Normalität in den deutsch-israelischen Beziehungen über Jahrzehnte nicht gesprochen werden konnte, zeigten die zahlreichen Krisen und Verstimmungen. Insbesondere in der Ära der sozialliberalen Koalition unter Bundeskanzler Helmut Schmidt trieben die Beziehungen auf einen Tiefpunkt zu, insbesondere als der LIKUD-Block unter Menachem Begin 1977 die Arbeitspartei von der Regierung ablöste. Bundeskanzler Schmidt und der israelische Minister-

präsident Begin hatten sich nichts zu sagen. Kanzler Schmidt ließ keine Gelegenheit verstreichen, um auf das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser hinzuweisen, was die israelische Regierung sehr erregte, weil man den Deutschen aufgrund der Vergangenheit das moralische Recht dazu absprach.

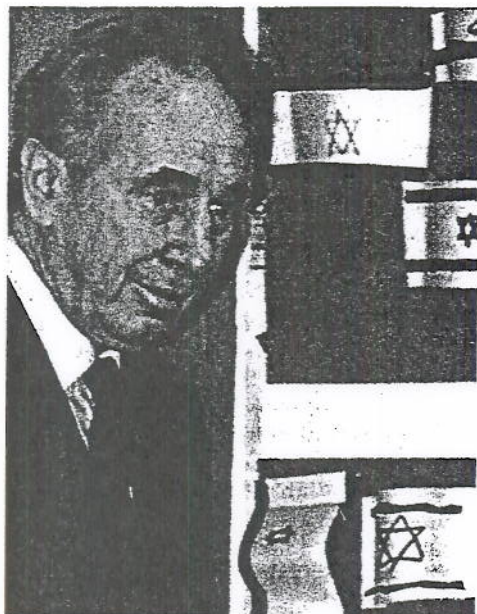
Erst mit der Kanzlerschaft Helmut Kohls im Jahre 1982 trat eine merkliche Verbesserung der Beziehungen ein. Dies lag auch darin begründet, daß die konservative CDU/CSU schon immer eine unkritische Pro-Israel-Politik betrieben hat. Sie schloß sich auch der amerikanischen Linie an und übernahm deren Position häufig kritiklos. Als dann auch noch Hans-Dietrich Genscher vom Posten des Außenministers zurücktrat – ihm begegnete die israelische Regierung immer mit einer gewissen Vorsicht, waren auch die letzten Irritationen im bilateralen Verhältnis beseitigt, da die Kohl-Regierung auf jedwede eigenständige Nahostpolitik verzichtete. Die augenblicklichen Beziehungen sind von einem dichten Netz bilateraler Kooperationen auf allen gesellschaftlichen Ebenen gekennzeichnet.

Da Nationalstaaten primär Interessen verfolgen, lag eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen sowohl im langfristigen Interesse Deutschlands als auch Israels. Diese Einsicht verlangte von der politischen Elite des jungen jüdischen Staates ein Übermaß an Überwindung und von deutscher Seite eine gleiche Portion Einfühlungsvermögen. Weil dieser Balanceakt nicht immer gelang, kam es des öfteren zu heftigsten Erschütterungen in den bilateralen Beziehungen.

Könnte es bei einem Regierungswechsel zu Rot/Grün zu neuen Irritationen kommen? Generell sind solche nie auszuschließen, aber doch eher unwahrscheinlich. Solange die konservativ-liberale Bundesregierung amtiert, werden die bilateralen Beziehungen weiter gedeihen, da die Regierung Kohl sich rhetorisch nicht mehr für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser einsetzt; wenn sie es dennoch tut, dann mit dem Zusatz, daß es aber nicht zu Lasten Israels gehen dürfe.

Auch sind die Zeiten vorbei, als die Linke gegen Israel demonstrierte und sich lautstark für die Rechte der Palästinenser eingesetzt hat. Ein letztes Aufbäumen erfolgte in den Demonstrationen gegen den zweiten Golfkrieg, als Teile der Linken in völliger Verkennung und Verdrehung der Fronten gegen die USA und damit auch implizit gegen Israel demonstriert hatten. Den Vogel in der Verdrehung der Realitäten schoß aber Christian Ströbele, der ehemalige Vorstandssprecher der Partei DIE GRÜNEN, während seines Israel-Besuches nach dem Golfkrieg 1991 ab, als er quasi Israel attestierte, durch seine Politik selber schuld daran zu sein, daß Saddam Hussein wahllos *Scud*-Raketen auf israelische Städte abfeuerte. Für viele deutsche Intellektuelle war ihr Verhalten in diesem Krieg kein Ruhmesblatt.

Diese völlig falsche Einschätzung der Lage hat die deutsche Linke gespalten und einen starken Solidarisierungseffekt mit Israel bewirkt. Israelkritische Stimmen haben sowohl in der SPD als auch bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN keine Mehrheit mehr. Insbesondere nachdem Joschka Fischer, Kerstin Müller, Waltraud Schoppe, Angelika Köster-Lossack und Christian Sterzing vom 19. bis 23. Mai 1995 in Israel waren, liegt auch die Politik der GRÜNEN auf Pro-Israel-Kurs. Es gibt zwar nach wie vor auch einen »Palästinenserflügel«, der aber augenblicklich in der Defensive ist. Ein Regierungswechsel zu Rot/Grün würde also vermutlich zu keiner Verschlechterung der deutsch-israelischen Beziehungen führen, obwohl die Bundestagsfraktion der SPD in einem Änderungsantrag die Streichung von 220 Mio. DM für ein drittes U-Boot, das die Bundesregierung Israel während des Golfkrieges zugesagt hatte, beantragt hat, und dies zu Recht, weil diese Mittel sinnvoller für die wirtschaftliche und soziale Unterstützung des Friedensprozesses im Nahen Osten eingesetzt werden könnten. Nach dem Golfkrieg wurden von Deutschland die Kosten für das von den USA an Israel gelieferte Anti-Raketensystem *Patriot* von 165 Mio. DM übernommen. Ebenso lieferte die Bundesregierung den Spürpanzer *Fuchs* in dieser Zeit, ohne dafür Kosten in Rechnung zu stellen.



Shimon Peres kann keine Wahlen gewinnen Foto:dpa

Sowohl Deutschland als auch Israel wollen vollwertige Mitglieder in der internationalen Staatengemeinschaft werden. Aus unterschiedlichen Gründen war dies beiden Ländern bis zum Epochenbruch 1989 bzw. bis zur Unterzeichnung des israelisch-palästinensischen Abkommens vom 13. September 1993 verwehrt. Deutschland aufgrund seiner Geschichte und der damit zusammenhängenden eingeschränkten Souveränität und Israel wegen der Besetzung palästinensischen Landes infolge des Sechstagekrieges vom Juni 1967. Mit dem Verschwinden der antagonistischen Supermacht Sowjetunion verbesserte sich die Sicherheitslage beider Länder schlagartig. Deutschland verlor seinen Frontstaatencharakter und die arabischen Länder, die Israel feindlich gesonnen waren, ihren Protektor und Waffenlieferanten. Dadurch haben beide Länder einen enormen Zuwachs an Sicherheit gewonnen, und ihre Lage hat sich normalisiert. Sind sie deshalb schon normale Nationalstaaten?

Für die israelische politische Klasse, die die ARBEITSPARTEI repräsentiert, stand es immer außer Frage, daß das Land ein

normaler Nationalstaat wie jeder andere auch ist. Für den politisch-säkularen Zionismus war dies ein Glaubenssatz und eine Selbstverständlichkeit. Für die deutsche politische Elite dagegen war dies überhaupt nicht selbstverständlich. Deutschland kommt über kurz oder lang aber nicht darum herum, sich wie ein normaler Nationalstaat zu verhalten und eine eigenständige, an nationalen Interessen orientierte Außenpolitik zu betreiben; alles andere wären »Sonderwege«. Läßt es sich noch bestreiten, daß Deutschlands Interessen auch auf globaler Ebene tangiert sein können, die außerhalb des NATO-Gebietes liegen, wie z. B. im Nahen und Mittleren Osten?

Langfristig konvergieren deutsche und israelische Interessen auch auf geopolitischem Gebiet. Für beide Länder sowie für Frankreich könnte sich eine Auseinandersetzung mit dem fundamentalistischen Islam zu einer ernsthaften Gefahr entwickeln. Wenn der *Clash of Civilizations* bevorsteht, werden Israel und Westeuropa bedrohte Gebiete sein. Die islamischen Fundamentalisten werden sich wahrscheinlich nie mit der Existenz Israels im Nahen Osten abfinden, auch wenn sie für eine gewisse Zeit einem »Waffenstillstand« zustimmen werden. Von daher sollte Israel ein Teil des deutschen nationalen Interesses sein, so wie es auch in der Politik der USA der Fall ist. Bei einem eventuellen Angriff auf Israel muß für Deutschland ganz klar sein, auf wessen Seite es steht. Diesen Test hat die gesamte politische Elite im zweiten Golfkrieg leider nicht bestanden.

Die deutsche Regierung sollte sich aber gegen den islamischen Fundamentalismus nicht der Dämonisierungspolitik der amerikanischen und israelischen Politik kritiklos anschließen. Unsere traditionell guten Beziehungen zu den arabischen Staaten und Iran müssen gepflegt werden. Die Mullahs in Teheran sind nicht für alle Übel des Nahen Ostens verantwortlich zu machen. Der iranische Präsident Akbar Rafsandschani sprach sich im März 1996 vor Journalisten in Teheran gegen jede Form des Terrorismus aus. Zur Haltung gegenüber Hamas und

dem Islamischen Dschihad befragt, antwortete er, daß »der Iran jede terroristische Handlung verurteilt«. Der Iran werde sich aber keinem amerikanischen Druck beugen und die Palästinenser in ihrem »nationalen Kampf für die Befreiung ihres Landes« unterstützen. Differenzierung tut deshalb auch hier unbedingt Not. Ein generelles Feindbild »Islam« kann nicht in unserem Interesse liegen. Gegen die politische Instrumentalisierung von materieller Not und geistiger Leere durch die Fundamentalisten helfen keine militärischen Aktionen und Kriegsgerausel. Diesbezüglich sollten wir mäßigend auf Israel und die USA einwirken, insbesondere zusammen mit Frankreich, das wir auch bei der Ausbalancierung des amerikanischen Übergewichtes unterstützen sollten.

Strategische Allianz oder bilaterale Kooperation?

Die Rabin/Peres-Meretz-Regierung erwies sich nicht nur für den Nahen Osten, sondern auch für Deutschland als Glücksfall. Bei seinem Deutschland-Besuch im August 1994 hatte der damalige Außenminister und ehemalige Ministerpräsident Shimon Peres nicht nur den Wunsch geäußert, Deutschland solle Mitglied im UN-Sicherheitsrats mit allen Rechten und Pflichten werden, sondern Peres provozierte sogar das Thema »Deutsche Blauhelmsoldaten im Nahen Osten.« Mit den Worten »Warum nicht?« stieß er ein Thema an, das die deutschen Gastgeber überhaupt nicht hören wollten. Peres kam auf dieses Thema anlässlich einer Ehrung Bundeskanzler Kohls durch die jüdische Organisation *Bnai Brith* in München abermals zurück. Auch viele Israelis sehen deutsche Touristen und Manager lieber als deutsche Soldaten auf den Golan-Höhen. Würde nicht eine Aufforderung Israels an Deutschland, eventuell Blauhelme für den Golan bereitzustellen, Deutschland auch die moralische Eintrittskarte in die Weltpolitik ausstellen? Wer, wenn nicht Israel, wäre dazu legitimiert.

Die Teilnahme deutscher Soldaten an einem möglichen Blauhelmkontingent im

Rahmen der Europäischen Union auf den Golan-Höhen, falls es zu einem Abkommen mit Syrien kommen sollte, läge auch im israelischen Interesse. Deutschlands ausgezeichnete Beziehungen zu den arabischen Ländern könnten auch zum Nutzen Israels eingesetzt werden. Die deutsche politische Klasse sollte nicht von vornherein ein solches Engagement kategorisch ablehnen, da es langfristig im deutschen Interesse läge. Auch wird in einem möglichen Konfliktfall eine deutsche Unsicherheit, auf wessen Seite das Land steht, nicht möglich sein. Die arabische Seite könnte von einem deutschen Engagement ebenfalls profitieren. Wenn dies Deutschland schon nicht allein machen will, sollte es sich im Rahmen der Europäischen Union dafür starkmachen. Die rein finanzielle Unterstützung Europas für den Nahen Osten bedarf deshalb unbedingt der Ergänzung durch ein stärkeres politisches Engagement, auch wenn dies mit US-amerikanischen Interessen kollidieren sollte. Langfristig liegt es im Interesse Europas, den Nahen Osten nicht allein als amerikanische Interessenssphäre hinzunehmen. Eine neue Variante der *Monroe-Doktrin* oder eine *Pax Americana* kann für diese Region nicht akzeptiert werden.

Im deutschen Interesse liegt nach Meinung des Bundeskanzlers eine enge Verbindung zwischen der EU und Israel. »Für uns ist deutsche Nahost- und Israel-Politik im wachsenden Maße auch von einer »Europäischen Dimension« gekennzeichnet«, so der Bundeskanzler. Er war auch derjenige, der sich für eine engere Beziehung Israels zur EU bei den Gipfeltreffen der Regierungschefs im Dezember 1994 in Essen und im Juni 1995 in Cannes eingesetzt hat. Einen besseren Interessenvertreter als Helmut Kohl kann sich Israel in der EU nicht wünschen. Bei der Verleihung der Ehrendoktorwürde an der Ben-Gurion-Universität sagte der Kanzler, daß er in der EU »mit besonderem Nachdruck für die vitalen Interessen des Staates Israel eingetreten« ist. Dieser Einsatz Kohls trug mit der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zwischen Israel und der EU Ende November 1995 bereits reiche

Frucht. Die Bundesregierung sollte sich für den Abschluß eines ähnlichen Abkommens mit den Palästinensern einsetzen.

Vielleicht ist die politische Klasse Deutschlands zu großen symbolischen Gesten mental noch nicht in der Lage. Auf der Arbeitsebene findet aber eine enge Kooperation auf rüstungspolitischem Gebiet statt. Regelmäßige Konsultationen im Rüstungsbereich auf Referats-, Generalinspektors-, Staatssekretärs- und Ministersebene gehören zum Alltag. Finanzielle Mittel in Milliardenhöhe kommen so Israel durch die Rüstungskooperation zugute. Auch auf entwicklungspolitischem Gebiet erhielt Israel jährlich ca. 140 Mio. DM. Diese Summe wird aber ab 1996 nicht mehr direkt an Israel, sondern für palästinensisch-jordanische Gemeinschaftsprojekte aufgewendet werden, wie Entwicklungshilfeminister Carl-Dieter Spranger bei seinem Nahostbesuch vom 20. bis 29. August 1995 in Israel, »Palästina«, Jordanien und Syrien angekündigt hat und die Bundesregierung kürzlich beschlossen hat. Daß Israel dagegen nicht mehr öffentlich Einspruch erhebt, spricht für die »Normalität« der bilateralen Beziehungen.

Auf technologischem Gebiet wurde am 12. Juli 1995 der DEUTSCH-ISRAELISCHE KOOPERATIONSRAT FÜR HOCH- UND UMWELTECHNOLOGIE durch die Außenminister Klaus Kinkel und Shimon Peres gegründet. Unter dem Vorsitz von Rolf Scharwächter (Direktionsmitglied der DAIMLER BENZ AG) und Haim Harari (Präsident des Weizmann-Instituts) soll der Technologierat die industrielle Kooperation zwischen beiden Ländern vorantreiben. Der Friedensprozeß eröffnet für die deutsche und die israelische Industrie neue Betätigungsfelder. Der Rat soll die Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Bio- und Umwelttechnologie und die unternehmensübergreifende Forschung und Entwicklung intensivieren. Der Wahlsieg Benjamin Netanyahus hat auch die deutsche politische Klasse überrascht. Geschäftsmäßig mahnte man die Fortsetzung des Friedensprozesses an, wohlwollend, daß dies unter der chauvinistischen Regierung Netanyahus nicht so ohne weiteres sein wird. Netanyahus Koalitionsregierung

vereinigt die extrem nationalistischen Elemente (Zevulun Hammar, NATIONALRELIGIÖSE PARTEI) mit »wilden Militaristen« und »Rassisten« wie Raphael Eitan und Ariel Sharon. Obwohl Netanyahu versucht hat, letzteren auszubremsen, mußte er ihn trotzdem in sein Kabinett aufnehmen. Fortschritte im nahöstlichen Aussöhnungsprozeß werden nach dem Motto *ein Schritt vor und drei zurück* ablaufen. Daß die israelische Regierung ausländische Staatsbesucher wieder ausladen will, die beabsichtigen, das Orient-Haus der Palästinenser in Ost-Jerusalem zu besuchen, läßt schlimmes befürchten. Die Bundesregierung sollte ihren Einfluß nutzen und mäßigend auf die neue israelische Regierung einwirken. Es wird eine heikle Gratwanderung werden. Es ist zu hoffen, daß auch unter Netanyahu die Zeit vorbei ist, da man einer amtierenden Bundesregierung das moralische Recht abzusprechen versucht, Kritik an Aspekten israelischer Politik zu üben, wie z. B. in der Frage der Menschenrechte der Palästinenser.

Resümierend kann festgestellt werden, daß in den deutsch-israelischen Beziehungen noch nicht offiziell von einer »strategischen Allianz« gesprochen werden kann, obgleich die enge Kooperation auf allen relevanten Gebieten stattfindet. Deutschland tut alles, um Israel enger an die EU heranzuführen. Auch Israel setzt sich für die Aufnahme Deutschlands in den UN-Sicherheitsrat ein. Die politische Klasse in Deutschland darf die Nazi-Greuelthaten nicht vergessen, und Israel sollte sie Deutschland gegenüber nicht politisch instrumentalisieren, wie dies in der Regierungszeit unter Menachem Begin und Yitzhak Shamir geschehen ist. Im Interesse Israels liegt es, wenn sich Deutschland in den arabischen Staaten gegen das weitverbreitete Feindbild des »Zionismus« wendet. Dies könnte auch den islamischen Fundamentalisten etwas den Wind aus den Segeln nehmen. Die deutsch-israelischen Beziehungen werden wohl nie die geschäftsmäßige Normalität von Beziehungen erreichen, die auf Nationalstaatsebene aufgrund der Interessenlage üblich sind. Es wird eine Art »besonderer Normalität« sein, und dies ist doch auch etwas Besonderes.